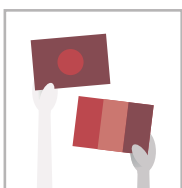


# Campus für Demokratie vernetzt in Neuenburg



Event vom 5. Dezember 2018

## Die Auswirkungen der StaatsbürgerIn- nenschaft im Migrationskontext



Der Campus für Demokratie ist eine nationale Plattform für politische Bildung und Partizipation. Er bringt Akteure aus Praxis und Wissenschaft zusammen, die insbesondere Kinder, Jugendliche und Einwohnerinnen und Einwohner ohne Schweizer Bürgerrecht in ihrer politischen Bildung und Partizipation fördern.

## Facts & Figures



**Datum** 5. Dezember 2018  
**Ort** Universität Neuenburg, Rue A.-L. Breguet 2,  
Grand Auditoire R. 110

**56**  
Teilnehmende

Aus den Bereichen:  
Migration, Politik, Verwaltung, Bildung, Forschung,  
Jugend und Private

**7**  
ReferentInnen

Moderation:  
Catherine Carron, Verantwortliche Romandie,  
Campus für Demokratie

Begrüssung:  
Staatsratsmitglied Alain Ribaux

## Die Auswirkungen der StaatsbürgerInnenschaft im Migrationskontext

Referat von Prof. Dr.  
Gianni D'Amato

Direktor des Schweizerischen Forums für  
Migrations- und Bevölkerungsstudien, Direktor  
von nccr – on the move,  
Universität Neuenburg

Ist es heutzutage wichtig, über StaatsbürgerInnenschaft zu sprechen? Wenn wir dies historisch betrachten, stellen wir fest, dass die StaatsbürgerInnenschaft eine Quelle der sozialen Würde ist. Sie ist durch Revolutionen und Kämpfe für die Erweiterung von Rechten entstanden, die nur einem Teil der Bevölkerung vorbehalten waren und immer noch sind. Die Frage, die in der Geschichte oft gestellt wurde und auch heute noch gestellt wird, lautet: „Wer wird in das Konzept der StaatsbürgerInnenschaft einbezogen und wer nicht?“. Einige Länder haben beschlossen, die Aufnahme vom Geburtsort abhängig zu machen, und andere von der Herkunft. Diese beiden Ansätze haben Einfluss darauf, wie die Migration gesteuert wird.

gianni.damato@unine.ch Die Geschichte zeigt, dass MigrantInnen nie passiv waren. Es gibt verschiedene Formen der Beteiligung, sei es in der Nachbarschaft, der Zivilgesellschaft, in Vereinen, Verbänden oder Gewerkschaften, und alle spielen eine wichtige Rolle. Die Einbeziehung von MigrantInnen in eine Gesellschaft ist ein Indikator um zu zeigen, dass diese in der Lage sind, auf die Herausforderung, ihre eigene Wahrnehmung zu verändern, zu reagieren. Es gibt drei verschiedene Dimensionen der StaatsbürgerInnenschaft. Die erste betrifft die BürgerInnenrechte, welche die klassischen Rechte des Einzelnen (Meinungs- und Versammlungsfreiheit) sind. Zweitens gibt es die sozialen Rechte, also das Recht auf Eintritt in eine moderne Gesellschaft (z.B. einer Sozialversicherung finanziell beizutragen, um vom Schutz des Sozialstaates zu profitieren). Und schliesslich gibt es politische Rechte, die denjenigen zugeschrieben werden, die in einer bestimmten Gemeinde leben, unabhängig von ihrer Herkunft.

Der Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung ist in der Schweiz exklusiver als in unseren Nachbarländern. In unserem Land ist es die Aufenthaltsdauer, die es ermöglicht, diesen Status zu erlangen. Bezüglich Stimmrecht von AusländerInnen gibt es zwischen den Kantonen erhebliche Unterschiede. Einige Kantone, insbesondere in der Westschweiz, haben dieses Recht in der Verfassung verankert und umgesetzt, andere hätten es, praktizieren es aber nicht. In einigen Fällen haben AusländerInnen auch das Wahlrecht, zum Beispiel im Kanton Neuenburg.

Wenn wir uns den Hintergrund von Menschen ansehen, die mit einer B-Bewilligung eingereist sind, erhalten sie erst nach Ablauf von 8-12 Jahren die StaatsbürgerInnenschaft. Nach 17 Jahren Aufenthalt sind 25-30% der Eingewanderten Schweizer BürgerInnen geworden. Die Nationalwahlen 2011 haben gezeigt, dass Menschen mit Migrationshintergrund mit einer Art und Weise wählen, die den



SchweizerInnen sehr ähnlich ist, sowohl in Bezug auf die Teilnahmequoten als auch auf die Wahl der Parteien. Die Bereitschaft zu wählen, hängt insbesondere vom sozialen Kapital, Milieu / sozioökonomischen Hintergrund, der Aufenthaltsdauer und der Beherrschung der Fremdsprache ab. MigrantInnen sind keine einheitliche Gruppe, sie haben unterschiedliche Interessen, welche die vielfältigen Facetten ihrer Identität widerspiegeln.

Die StaatsbürgerInnenschaft ist wichtig, weil sie den Zugang zu Rechten ermöglicht, die Legitimität des politischen Systems stärkt, gemeinsames Handeln erleichtert und die Beteiligung in und den Zusammenhalt mit der Aufnahmegesellschaft stärkt. Es gibt empirisch belegte Indikatoren, welche die Einbeziehung des demokratischen Systems messen. Ihnen zufolge gibt es eine Ausweitung der politischen Rechte in integrativen Systemen, insbesondere in Bezug auf Nicht-Staatsangehörige. Die integrative Migrationspolitik schafft ein Gefühl gemeinsamer Werte und erhöht die soziale Integration. Umgekehrt nimmt die Toleranz gegenüber AusländerInnen ab, je exklusiver das System in Bezug auf die Staatsangehörigkeit ist. Die Einbürgerung führt in der Regel zu einer Verbesserung des sozioökonomischen Status durch Einkommenssteigerung sowie zur Stärkung des Sozialkapitals. Das Sozialkapital ist sehr wichtig, da es die Chancen der politischen Partizipation und die Fähigkeit, seine Interessen zu verteidigen, erhöht. Diese Fähigkeit ist wiederum einer der größten Gewinne der StaatsbürgerInnenschaft.



## Workshop: „Ich lebe hier, ich nehme teil! Chancen und Hindernisse für die politische Partizipation von AusländerInnen im Kanton Neuenburg“

Gianfranco De Gregorio,  
président de la Fédération  
neuchâteloise des commun-  
autés immigrantes und  
Amit Juillard, Journalist

Die Diplomarbeit von Amit Juillard an der Universität Neuenburg bietet erstmals einen quantifizierten Überblick über die Vertretung der ausländischen Bevölkerung Neuenburgs auf den Wahllisten und in den Gemeindeparlamenten. AusländerInnen erhielten 2007 das kommunale und kantonale Stimmrecht und die kommunale Berechtigung. Die wissenschaftliche Analyse für die Legislaturperiode 2012-2016 hat gezeigt, dass weniger als 5% der Kandidaten und weniger als 4% der gewählten Amtsträger eine C-Genehmigung besitzen, während 25,34% der Neuenburger Bevölkerung keinen Schweizer Pass besitzen. Zudem ist die Wahrscheinlichkeit, dass die ausländische Bevölkerung gewählt wird, geringer als bei Schweizer Bürgern. Im Einzelnen liegt die Wahlquote für InländerInnen bei 66% und für ausländische Kandidaten bei 45%. Aus diesem Grund versucht FéNeCi, die politischen Parteien auf die Bemühungen aufmerksam zu machen, welche sie tätigen müssen, um die ausländische Bevölkerung anzuziehen und die potenziellen Nachteile zu überwinden, die ein ausländischer Familienname für einen Kandidaten mit sich bringen kann. Herr De Gregorio ist der Ansicht, dass diese Ungleichheit der Chancen auch darauf zurückzuführen ist, dass die ausländische Bevölkerung kein Vertrauen in ihre Fähigkeit hat, das öffentliche Interesse zu verteidigen. Aus diesem Grund stehen ausländische Kandidaten, welche das erste Hindernis, auf einer Wählerliste zu stehen, überwunden haben, sehr selten ganz oben auf der Liste.

Die von Herrn De Gregorio aufgeworfene Frage war, ob ein Mindestsatz der Auslandsvertretung obligatorisch sein sollte. Diese Idee erinnert an die bereits laufenden Diskussionen über die Frauenquote in der Politik. Dies wirft die Frage auf, ob das Problem nicht auch globaler angegangen werden sollte, da die Politik auf eine bestimmte elitäre und patriarchalische Weise (und damit für verschiedene Bevölkerungsgruppen weniger zugänglich) bleibt. Diese Ungleichheit der Chancen findet sich laut FéNeCi auch beim Zugang zu bestimmten Arbeitsplätzen innerhalb des Staates, auf kommunaler und kantonaler Ebene. Schließlich kam die Diskussion zum Schluss, dass die Aufklärung zur Staatsbürgerschaft verstärkt werden muss, damit die ausländische Bevölkerung ihre Rechte besser wahrnimmt. FéNeCi, welches Migrantenvereinigungen zusammenführt, könnte in diesem Sinne als zusätzliches Vermittlungsinstrument erscheinen, um diese Informations- und Sensibilisierungsarbeit zu unterstützen.



## Trois actions citoyennes se présentent

**Hélène Agbémégnah**  
Institut Neue Schweiz  
INES

agbemegnah@travail-  
suisse.ch

Das Institut Neue Schweiz (INES) ist ein postmigrantischer Think & Act Tank im Aufbau. Ihr Ziel ist es, einen echten Wendepunkt für die Schweiz zu schaffen, verstanden als eine von Einwanderung geprägte Gesellschaft. Dieser Neuanfang wurzelt in der kritischen Positionierung und dem Peer-to-Peer-Dialog. Die Gründung des Instituts, welches 2016 als nationales Pilotprojekt begann, zielt unter anderem darauf ab, die neue (postmigrantische) Schweiz zu zeigen und eine bessere Repräsentation zu ermöglichen. Es will auch das Bewusstsein für weniger Diskriminierung und Rassismus schärfen. Derzeit sind mehr als 60 ExpertInnen aus verschiedenen Fachbereichen im ganzen Land vertreten. INES mobilisiert sich für eine neue Schweiz, die ihrem Versprechen der Demokratie treu bleibt, sowohl innerhalb ihrer Grenzen als auch in ihren Beziehungen auf globaler Ebene.

<https://institutneueschweiz.ch/De/Project>

**Josiane Jemmely**  
jemmelyr@gmail.com

Josiane Jemmely ist kamerunischen Ursprungs und Mitglied des Grossen Rates Neuenburg. Während dieses Workshops stellte sie sich vor und sprach über ihre Überzeugungen und ihren Hintergrund als Frau, Migrantin, Mutter, Pflegefachkraft und Abgeordnete. Sie erwähnte den Kontext und die Gründe für ihre Verpflichtungen, sowohl assoziative als auch politische. Sie erinnerte daran, wie wichtig es ist, mit Zuversicht und Selbstwertgefühl in das öffentliche Leben zu investieren. Sie ist der Auffassung, dass die Integration von Migranten ihre Beteiligung an Entscheidungsprozessen erfordert und dass es daher von entscheidender Bedeutung ist, dass sie ein Interesse an Politik und Gemeinschaftsleben zeigen.

Service de la cohésion  
multiculturelle du canton  
de Neuchâtel

**Céline Maye,**  
Abteilungsleiterin -  
Ausländerbeauftragte

Celine.Maye@ne.ch

Wie kann die Vertretung von Menschen mit Migrationshintergrund in Integrationskommissionen sichergestellt werden? Im Jahr 2017 entschied sich Neuenburg für ein neues System, welches auf einer umfassenden Konsultation basiert. Eines der Ziele dieses Treffens war es, Diversitätskriterien festzulegen, die über die Frage der geografischen Herkunft hinausgehen, und den Auswahlprozess zu diskutieren. Nach Diskussionen mit Experten, Workshops und öffentlichen Abenden wurde folgende Methode gewählt: Jede Person (einzeln oder auf Vorschlag eines Vereins oder einer Gemeinschaft) kann sich bewerben. Eine Jury, die sich aus den Teilnehmern der Konsultation zusammensetzte, unterbreitete dem Staatsrat Vorschläge (Ausgewogenheit der Kriterien - Geschlecht, Herkunft, Alter, Wohnort im Kanton usw.), die von ihm bestätigt wurden.

<https://www.ne.ch/autorites/DEAS/COSM/Pages/accueil.aspx>

## Bleiben Sie informiert!

Verpassen Sie keinen Campus für Demokratie Event und erfahren Sie mehr über andere Veranstaltungen sowie News rund zum Thema politische Bildung und Partizipation. Wir informieren Sie gerne auf unseren Kanälen:

**Website** [www.campusdemokratie.ch](http://www.campusdemokratie.ch)  
**Newsletter** [www.campusdemokratie.ch/kontakt](http://www.campusdemokratie.ch/kontakt)  
**Facebook** [www.facebook.com/campusdemokratie](http://www.facebook.com/campusdemokratie)  
**Twitter** [www.twitter.com/camp\\_demokratie](http://www.twitter.com/camp_demokratie)